

Gesetz soll Praktika regeln

TREFFEN Arbeitsminister Schmit und Studierendenorganisation ACEL stellen Entwurf vor

Yves Greis

Mit einem neuen Gesetz sollen Praktika in Luxemburg geregelt werden. In weniger als einem Jahr hat Arbeitsminister Schmit in enger Zusammenarbeit mit der Studierendenorganisation ACEL den Gesetzentwurf ausgearbeitet, den er am Mittwoch im Parlament einbringen will.

Bislang sind Praktika in Luxemburg „wenig geregelt“, wie Arbeitsminister Nicolas Schmit (LSAP) gestern, als er den Gesetzentwurf vorstellte, erklärte. Es gibt ein Gesetz aus dem Jahr 1982, das allerdings nur Praktika betrifft, die im Rahmen eines Studiums gemacht werden müssen. Mit der Folge, dass jedes Unternehmen und jeder Praktikant, die sich auf ein Praktikum außerhalb dieses Rahmens einigten, sich rechtlich auf sehr dünnem Eis befanden.

Auf Wunsch der Studierenden

Bei dem neuen Gesetzentwurf sei er auf die Wünsche der Studenten und Studentinnen eingegangen, so Schmit. Dies bestätigte auch der Präsident der ACEL, Pol Lutgen. Quasi alle Forderungen der ACEL seien erfüllt worden.

Das Gesetz betrifft, darauf legen alle Beteiligten Wert, Praktika und nicht die Studierendenjobs. D.h. es geht darum, dass Studierenden etwas beigebracht wird und sie die



Arbeitsminister Nicolas Schmit und ACEL-Präsident Pol Lutgen betonten ihre gute Zusammenarbeit

Berufserfahrung sammeln können, die immer wichtiger für den Eintritt ins Berufsleben ist. Für jedes Praktikum muss in Zukunft eine Konvention unterschrieben werden, die den Ablauf des Praktikums regelt.

Das Gesetz, so wie es der Minister vorschlägt, sieht zwei unterschiedliche Praktika-Formen vor. Erstens diejenigen, die im Rahmen einer schulischen oder universitären Ausbildung gemacht werden müssen. Bei diesen gibt es drei Parteien, die über-

einkommen müssen: die Lehreinrichtung, der Praktikant und der Arbeitgeber. Bei diesen Praktika, die maximal neun Monate dauern können, ist die Bezahlung fakultativ. Man wolle keine zusätzlichen Hürden aufbauen, so der Minister.

Zweitens gibt es die Praktika, die nicht von der Schule oder Uni verlangt werden und die Studierende freiwillig absolvieren, um ihren Lebenslauf zu verbessern und um zusätzliche Berufserfahrung zu sammeln. Diese Praktika

sind auf zwölf Monate in einer Referenzperiode von zwei Jahren begrenzt und dürfen höchstens sechs Monate beim gleichen Arbeitgeber stattfinden. Diese Form des Praktikums muss jedoch (da sie nicht Teil des Studiums ist) bezahlt werden. Praktika bis zu drei Monaten müssen mit einem Drittel des Mindestlohns entlohnt werden und Praktika zwischen drei und sechs Monaten mit der Hälfte. Insbesondere diese freiwilligen Praktika oder „stages non-conventionnés“ zu fin-

den, sei bislang schwierig gewesen, so Lutgen. Sowohl die ACEL als auch der Minister hoffen, dass dies nun, da die Unternehmen Rechtssicherheit haben, einfacher wird.

Minister und ACEL seien auf die Möglichkeiten eingegangen, dass Arbeitgeber Praktikanten als billige Arbeitskräfte missbrauchen. Aus diesem Grund wurden die zahlreichen Beschränkungen, was die Dauer der Praktika angeht, eingeführt.

Darüber hinaus darf die Zahl der Praktikanten in einem Unternehmen nicht höher sein als zehn Prozent der Belegschaft. Ein Unternehmen darf auch nicht mehr als 50 Praktikanten beschäftigen. Zusätzlich müssen Unternehmen ihre Praktikanten versichern und es gelten die normalen Regeln für Urlaubstage.

Die Unternehmen müssen weiter der Gesetzesvorlage zufolge ein Register mit allen Praktikanten des Unternehmens führen, das jederzeit von der Personalvertretung eingesehen werden darf und das der „Inspection du travail et des mines“ (ITM) auf einfache Anfrage hin gezeigt werden muss. Die ITM ist damit beauftragt, über die Einhaltung des Gesetzes zu wachen.

Die Initiative war von der Studierendenorganisation ACEL ausgegangen. Diese war im letzten April auf den Arbeitsminister zugegangen. Im Sommer hatte ein erstes Treffen stattgefunden und im September, beim jährlichen Kongress der Luxemburger Studenten (letztes Jahr in Bonn), sei es dann konkreter geworden, berichtete Lutgen über die Zusammenarbeit mit dem Minister.

Burn-out, chronisch müde, depressiv ...

Eine Akut-Konferenz findet am 8. März um 19.30 Uhr in der Salle Victor Hugo auf Limpertsberg bei freiem Eintritt statt.

Seit über 25 Jahren informiert und berät Akut über Belastungen unserer Umwelt sowie die damit einhergehenden Gesundheitsprobleme. Bei der nun geplanten öffentlichen Konferenz mit dem bekannten Naturwissenschaftler Dr. Ulrich Warnke geht es um „Burn-out, chronic fatigue, Angst- und Schlafstörungen sowie Depression“, die zu den immer zahlreicheren psychischen Gesundheitsproblemen gehören, mit denen unsere überforderte Gesellschaft konfrontiert wird und bei denen immer mehr Wissenschaftler und Mediziner Zusammenhänge mit unserer Umwelt, unserer Ernährung, der Arbeitswelt und einem Lebensstil mit chronischem Stress erkennen.

Anlässlich der Konferenz wird Dr. Warnke, angelehnt an sein rezentes Buch „Bionische Regeneration“ (Arkana-Verlag), über die erwähnten psychischen Erkrankungen, ihre Ursachen und ihren Zusammenhang mit psychosozialen, soziokulturellen, aber auch mit Umwelt-, Ernährungs- und Lebensstilfaktoren sprechen. Sein Sohn Florian wird über neueste Erkenntnisse aus dem Forschungsbereich: „Einfluss der Natur auf Körper und Psyche des Menschen“ berichten.

Besser und gezielter ausbilden

CSL UND HANDWERKSKAMMER Neue Initiativen



Tom Oberweis, Claude Meisch, Jean-Claude Reding und Nicolas Schmit (v.l.n.r.)

Die Berufsausbildung finden, die zu einem passt, dies ist Zweck eines sog. „basic check“, der von der Handwerks- und der Arbeitnehmerkammer zur Verfügung gestellt wird, um Jugendlichen bei der Auswahl der richtigen Berufsausbildung zu helfen.

Während einer Pressekonferenz gingen die Präsidenten der beiden Kammern Tom Oberweis und Jean-Claude Reding, die Minister Nicolas Schmit (Beschäftigung) und Claude Meisch (Bildung) auf dieses Instrument sowie auf drei weitere Initiativen ein, mit denen die Anziehungs-

kraft der Handwerksberufe gesteigert und die Berufsausbildung gefördert werden soll.

Wie Oberweis eingangs erklärte, beschäftigen die 7.250 Unternehmen des Sektors zurzeit 84.500 Menschen, Tendenz steigend. In der Berufsausbildung bietet das Handwerk sechs verschiedene Qualifikationen in 41 unterschiedlichen Berufen an. Das Handwerk biete demnach Perspektiven für solide Laufbahnen an.

Allerdings blieben Probleme im Bereich der Gleichwertigkeit der Ausbildungsformen (generelle Ausbildung und Berufsausbildung), im Orientierungsprozess unter Berücksichtigung der tech-

nisch-manuellen Kompetenzen der Jugendlichen sowie bei der „Durchlässigkeit“ zwischen den verschiedenen Qualifikationsebenen.

Reding nutzte die Gelegenheit gestern seinerseits, um einige Vorschläge zur Verbesserung der Ausbildung vorzulegen.

Weiter lernen können

Die politisch Verantwortlichen sollten das aktuelle Angebot an professionellen Ausbildungen weiter ausbauen und vervollständigen, damit eine Art Transitionsleiter nach dem Prinzip „Kein Abschluss ohne Anschluss“ gebildet wird.

Ein komplettes Orientierungssystem, das alle Wahlmöglichkeiten beinhaltet, müsse daneben angeboten werden, um die Berufsausbildung transparenter zu gestalten.

Die beiden Kammern haben in diesem Zusammenhang vorgeschlagen, das Instrument „basic-check“ auf nationaler Ebene einzuführen. Hierbei handelt es sich um einen Test zur besseren Orientierung bzw. zur Umorientierung.

Schließlich wurden noch die beiden konkreten Initiativen „basic-check“ und die Kampagne „d'Handwierk a seng Beruffer, d'Handwierk a seng Qualifikationen, d'Handwierk a seng Carriären“ im Detail präsentiert. r.s.

Jusos fordern mehr Transparenz

Welcher Abgeordneter verdient sich etwas durch Beratertätigkeiten hinzu? Diese Frage wollen die Jungsozialisten öffentlich geklärt haben. Sie kritisieren, dass die Nebenverdienste der luxemburgischen Abgeordneten erst angegeben werden müssen, wenn sie 5.000 Euro überschreiten.

Die Jusos argumentieren, dass diese Informationen öffentlich gemacht werden müssten, da so eventuelle Interessenskonflikte aufgedeckt werden könnten. Sie schlagen vor, sich am Modell des Europaparlaments zu orientieren. Jeder Kandidat für die Nationalwahlen müsste dann eine Liste mit seinen Nebeneinkünften in Aufsichtsräten veröffentlichen.

Beispiel Reding

In ihrem Presseschreiben nehmen die jungen Sozialisten besonders die CSV-Politikerin Viviane Reding ins Visier. Über die Nebenbeschäftigungen der „selbst ernannten Expertin für alles“ würden die Bürger im Unklaren bleiben. Man wisse nicht, in welchen Verwaltungsräten sie wessen Interessen vertrete. In zwölf verschiedenen Organisationen soll Reding laut den „Jonke Sozialisten“ tätig sein, bei zweien – der Bertelsmann-Stiftung und Agfa-Gevaert – für ihre Tätigkeit bezahlt werden.

joé